



## PRESSEMITTEILUNG

DFWR 09/09

Datum

Berlin, den

05.06.2009

### **Holzabsatzfondsgesetz ist verfassungswidrig Forstwirtschaftsrat arbeitet intensiv an einer Neuausrichtung**

**05.06.2009 Berlin** Das Bundesverfassungsgericht hat heute seine Entscheidung zum Holzabsatzfondsgesetz bekannt gegeben. Die Verfassungsrichter haben entschieden, dass die Finanzierung der zentralen Holzabsatzförderung über eine gesetzliche Sonderabgabe verfassungswidrig ist. Der Deutsche Forstwirtschaftsrat (DFWR) arbeitet zurzeit gemeinsam mit dem Deutschen Holzwirtschaftsrat (DHWR) in der „Plattform Forst & Holz“ an alternativen Lösungen zur Neuausrichtung der dringend benötigten Holzabsatzförderung.

„Dieses Urteil trifft die Deutsche Forst- und Holzwirtschaft sehr hart, auch wenn nicht alle Unternehmen den Wegfall bedauern, wird die Branche schnell feststellen was der Holzabsatzfonds alles geleistet hat“, sagte DFWR Präsident, Georg Schirmbeck, MdB, nach bekannt werden des Urteils. „Die Mitarbeiter des Holzabsatzfonds haben hervorragendes geleistet und wir werden alles daran setzen, dass an diese Leistungen angeknüpft werden kann“, so Schirmbeck weiter.

Die Vertreter des DFWR sind sich einig, dass die Konsequenz der Entscheidung des Gerichts nicht der Verzicht auf eine zentrale Holzabsatzförderung sein darf. Ziel der Arbeit des DFWR und der Plattform Forst & Holz ist vielmehr die Schaffung einer neuen schlagkräftigen Einrichtung der Forst- und Holzwirtschaft auf neuer Finanzierungsgrundlage. Hierzu wurde die Unternehmensberatung „Baumgartner und Partner“ beauftragt einen „Plan B“ gemeinsam mit allen Branchenvertretern zu erarbeiten. Neben einer gerechten, solidarischen Finanzierungsgrundlage ist die Neuausrichtung klar an den Anforderungen und Wünschen der Unternehmen der Forst- und Holzwirtschaft auszurichten. Hierbei ist der Kreis der Unternehmen, die bisher durch das Holzabsatzfondsgesetz zur Abgabe herangezogen wurden auch auf andere Branchen auszuweiten. „Die bisher geführten Gespräche mit den Branchenvertretern lassen uns hoffen, dass wir gemeinsam eine solidarische, breit aufgestellte Finanzierung ermöglichen können“, so der DFWR Präsident Schirmbeck.